

05.12.2012 - 10:13 Uhr

NABU und FÖS kritisieren Nikolaus-Bescherung für energieintensive Unternehmen

Berlin (ots) -

Die Bundesregierung plant in ihrer morgigen Kabinettsitzung die Verabschiedung weiterer Strompreisbeihilfen für die deutsche Industrie. Der NABU und das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) kritisieren mit Nachdruck die Bescherung für energieintensive Unternehmen. "Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler mimt den Nikolaus und verteilt weiter Geschenke an die deutsche Industrie", sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. "Während das Kind 'Industrie' mit Gaben überhäuft wird, geht das Kind 'Verbraucher' leer aus." Aus Sicht von NABU und FÖS geht damit die Energiewende zu einseitig zu Lasten der Verbraucher und wird weder sozial noch naturverträglich ausgestaltet.

Die Geldgeschenke der Bundesregierung gehen zurück auf die EU-Richtlinie für Beihilfen im Rahmen indirekter CO₂-Kosten, die so genannte "Strompreiskompensation". Mit ihr soll ab nächstem Jahr bestimmten Unternehmen ein Großteil der Kosten erstattet werden, die aufgrund des europäischen Emissionshandels auf den Strompreis umgelegt werden. "Zusätzlich zu den Vorteilen, die die stromintensive Industrie bei den Strompreisen und beim Emissionshandel sowieso hat, greift Deutschland bei den Beihilfen besonders tief in den Nikolaussack", so der FÖS-Geschäftsführer Damian Ludewig. "Die Geldgeschenke an die Industrie belegen einmal mehr, wie Herr Rösler den Emissionshandel und damit die Bemühungen um ein funktionierendes Handelssystem für den Klimaschutz untergräbt." Der Emissionshandel wird so jeder Anreizwirkung beraubt. Der Preis für Emissionszertifikate liegt derzeit ohnehin nur bei rund sieben Euro je Tonne CO₂, obwohl die tatsächlichen Klimakosten 80 Euro betragen. Das FÖS hat errechnet, dass mit der vorgesehenen Regelung rund 1000 Unternehmen Entlastungen in Höhe von 300 Millionen Euro (umgerechnet 0,4 Ct/kWh) beantragen können, wenn der Preis für Emissionszertifikate bei sieben Euro je Tonne CO₂ bleibt.

NABU und FÖS bemängeln, dass der ohnehin schwache Handlungsdruck zum Einsparen von Energie und CO₂ bei den begünstigten Unternehmen mit der Richtlinie weiter sinkt. Zudem sollen die Beihilfen aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) fließen, der schon jetzt heillos überbucht ist. "Strombeihilfen aus EKF-Mitteln für die Industrie sind für andere Ausgaben verloren. Statt das Geld der millionenschweren Industrie zuzuschancen, sollten lieber sozial schwache Haushalte entlastet werden", so Miller weiter. NABU und FÖS sind der Ansicht, dass das Geld besser bei Hausbesitzern aufgehoben wäre, die sich eine energetische Sanierung ihres Gebäudes aus sozialen Gründen nicht leisten können.

Weitere Informationen:

Stellungnahme des FÖS zum Leitlinien-Entwurf der Europäischen Kommission aus Mai 2012, http://www.foes.de/pdf/2012-01_FOES_Stellungnahme_EHS_Beihilfen.pdf

Im Internet zu finden unter www.nabu.de und www.foes.de

Originaltext vom NABU

Pressekontakt:

Swantje Küchler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Energiepolitik beim
FÖS, Tel. 030 - 76 23 991-50

Ulf Sieberg, Referent für Energieeffizienz und Gebäudesanierung beim
NABU, Tel. 030 - 284984-1521

NABU-Pressestelle, Telefon: 0 30.28 49 84-1510, -1722, -1952

Telefax: 0 30.28 49 84-2500, E-Mail: Presse@NABU.de

Original-Content von: NABU, übermittelt durch news aktuell

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/6347/2376930> abgerufen werden.